

Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen

Fast die Hälfte der Fläche der EU ist mit Wäldern und Waldflächen bedeckt. Die Wälder haben eine entscheidende Funktion, da sie die Auswirkungen des Klimawandels mindern können, viele Ökosystemleistungen bieten, zur Entwicklung einer kreislauforientierten Bioökonomie beitragen und Beschäftigung für rund 2,6 Millionen Menschen, insbesondere in ländlichen Gebieten, bieten. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich während seiner ersten Plenartagung im Oktober über einen Initiativbericht abstimmen, in dem betont wird, dass eine ambitionierte und solide EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020 benötigt wird, die mit dem europäischen Grünen Deal und der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 im Einklang steht und auf die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ abgestimmt ist.

Hintergrund

Es gibt keine gemeinsame Forstpolitik der EU, da die Wälder und die Forstwirtschaft in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Vor dem Hintergrund eines komplexen und fragmentierten politischen Umfelds hat die EU im Jahr 2013 eine neue [EU-Forststrategie](#) auf den Weg gebracht, mit der für Kohärenz zwischen den forstbezogenen politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der EU gesorgt werden soll. Die Leitgrundsätze der Strategie sind die nachhaltige Bewirtschaftung, die multifunktionale Rolle der Wälder, Ressourceneffizienz und die globale Verantwortlichkeit für Wälder. Seit 2013 hat sich das globale politische Umfeld erheblich verändert, und die EU hat sich zu neuen ambitionierten Zielen in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt verpflichtet, zu denen die Wälder und die Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten können. Wälder reagieren sehr empfindlich auf den Klimawandel, sind aber zugleich Teil der Lösung, da sie CO₂ aufnehmen und als Biomasse speichern. Sie können die Auswirkungen extremer Wetterereignisse mindern, indem sie die Temperaturen mäßigen und die Windgeschwindigkeit und den Wasserabfluss verringern. Wälder bieten viele Ökosystemleistungen, regulieren den Wasserkreislauf, bieten Raum für biologische Vielfalt und schützen vor Erosion. Als Quelle für erneuerbare Rohstoffe können sie einen wichtigen Beitrag zur kreislauforientierten Bioökonomie leisten. Gleichzeitig ist die Forstwirtschaft für die Beschäftigung und die Diversifizierung der ländlichen Gebiete der EU von Bedeutung.

Kommission

Die neue EU-Forststrategie, die die Kommission voraussichtlich Anfang des Jahres 2021 veröffentlichen wird, ist eine der zahlreichen geplanten Maßnahmen im Rahmen des [europäischen Grünen Deals](#). Angesichts des steigenden Drucks auf Waldökosysteme infolge des Klimawandels werden mit der Strategie eine wirksame Aufforstung sowie die Erhaltung und Wiederherstellung der Wälder gefördert, um ihr Potenzial zur Aufnahme und Speicherung von CO₂ zu erhöhen, ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, die kreislauforientierte Bioökonomie zu fördern und die biologische Vielfalt zu schützen. Die Strategie wird auf die [Biodiversitätsstrategie für 2030](#) abgestimmt sein. Sie erstreckt sich auf den gesamten Waldzyklus, und in ihrem Rahmen werden die zahlreichen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Leistungen, die Wälder bieten, gefördert.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 7. September 2020 nahm der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) einen [Initiativbericht](#) über das Thema „Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen“ an. In dem Bericht wird betont, dass die Wälder und die Forstwirtschaft für die Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals von entscheidender Bedeutung sind. Es wird eine ambitionierte und unabhängige EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020 gefordert, die auf einem ganzheitlichen Ansatz für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung beruht und als Brücke zwischen der Forstpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten und den EU-Zielen für die Wälder dient. In der Strategie wird auf die entscheidende Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik hingewiesen, mit der forstwirtschaftliche Maßnahmen finanziert werden. Der Bericht wird voraussichtlich während der ersten Plenartagung im Oktober behandelt.

Initiativbericht: [2019/2157\(INI\)](#); federführender Ausschuss: AGRI; Berichterstatter: Petri Sarvamaa (PPE, Finnland).

